

# Amts- und Anzeigebatt

## für den Amtsgerichtsbezirk Eibenstock und dessen Umgebung

Bezugspreis vierteljährl. M. 1.50 einschließlich des „Illustriert. Unterhaltungsblatts“ und der humoristischen Beilage „Seifenblätter“ in der Expedition, bei unseren Böten sowie bei allen Reichspostanstalten.

Tel.-Nr.: Amtsblatt.

Drucker und Verleger: Emil Hannebohn, verantwortl. Redakteur: Ernst Lindemann, beide Eibenstock.

Sprechstelle Nr. 210.

Tageblatt für Eibenstock, Carlsfeld, Hundshübel,  
Neuheide, Oberstühzengrün, Schönheide,  
Schönheiderhammer, Sosa, Unterstühzengrün, Wildenthal usw.

Erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage für den folgenden Tag.  
Anzeigenpreis: die kleinen Teile 12 Pfennige. Im amtlichen Teile die gespaltenen Teile 30 Pfennige.

60. Jahrgang.

Donnerstag, den 6. November

1913.

N 25

### Körnung von Zuchtbullen.

Unter Hinweis auf die Bekanntmachung der Königlichen Amtshauptmannschaft zu Schwarzenberg vom 28. vorigen Monats fordern wir alle Besitzer von sprungfähigen Bullen, die zum Decken von Kühen und Kalben verwendet werden und einer Körnung durch die Körnungskommission in diesem Jahre noch nicht unterworfen worden sind, hiermit auf, die Bullen bis spätestens

den 7. November 1913

zur Körnung hier anzumelden.

Stadtrat Eibenstock, den 4. November 1913.

In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Gastwirts Friedr. Curt Hermann Graumüller, früher in Eibenstock, jetzt in Werda, soll mit Genehmigung des Konkursgerichts die Schlussverteilung erfolgen. Hierzu sind ausschließlich der Zinsen der Hinterlegungsstelle 464 M. 29 Pf. verfügbar, wovon jedoch die Kosten des Verfahrens

### Der zweite Krupp-Prozeß.

Im Krupp-Prozeß erklärte am Dienstag der Untersuchungsrichter Wezel, er habe sich bemüht, sämtliche Beziehungen Brandts und der Firma Krupp zu allen militärischen Behörden aufzudecken, und habe auch bei zwei mittleren Beamten des Reichs-Marineamts Durchsuchungen abgehalten. Das beschlagnahmte Material sei Staatssekretär von Tirpitz vorgelegt worden. Die Ermittlungen des Reichs-Marineamts seien noch nicht abgeschlossen. Der für Dienstag vorgeladene Generalrat von Büding weilt in Meran und es ist noch unbestimmt, wann er in Berlin eintreffen wird. Daraus wird die Öffentlichkeit wieder ausgeschlossen, da einige Zeugen verlesen werden sollen. Nach einer Stunde wird auf kurze Zeit die Öffentlichkeit hergestellt. Herr v. Mezen teilt mit, daß er einmal im Bureau den stets verschlossenen Schrank, in welchem die Kornwalzer aufbewahrt wurden, offen stehend vorgefunden habe. Brandt gibt zu, daß einmal aus Versehen der Schrank offen gelassen wurde. Im Anschluß hieran entpünkt sich eine längere Auseinandersetzung, an der sich alle Prozeßbeteiligten lebhaft beteiligen, ebenso die beiden Zeugen — Rechtsanwalt Dr. Löwenstein: Es ist doch auffällig, daß in dem Briefe an den Abgeordneten Liebhardt genau dieselben Worte gebraucht werden, wie sie der Zeuge Mezen in seinem Briefe an die Firma Krupp gebraucht hat. Es wird in beiden davon gesprochen, daß die Firma Krupp in Berlin ein Bureau unterhalte, das nur Spionage- und Bestechungszwecken diene. — Der Vorsitzende verliest die in Frage kommenden Schriftstücke und stellt fest, daß eine wörtliche Vereinbarung durchaus nicht vorhanden ist. — Zeuge von Mezen: Da mich dieser Punkt außerordentlich interessiert, kann ich hier nur nochmals sagen: Ich habe absolut kein Hehl daraus gemacht, daß ich mich durch die Kenntnis der Geheimnisse und den Besitz der Briefe außerordentlich stark fühlte. Ich weiß nicht, wie man mir zum Vorwurf machen kann, ich stände mit der Überlieferung an den Abgeordneten Liebhardt in irgendeiner Verbindung. Ich müßte ja in einem gegebenen Falle das Rachegefühl gehandelt haben. Ich hatte gerade ein Interesse daran, daß die Sache nicht der Öffentlichkeit preisgegeben würde, da sie dann für mich wertlos war. — Da Zeuge bittet, wegen seines leidenden Zustandes entlassen zu werden wird er vom Vorsitzenden bis Mittwoch beurlaubt. Hierauf wird die Öffentlichkeit wieder ausgeschlossen.

### Tagesgeschichte.

#### Deutschland.

Arbeitslosen-Versicherung. Als bald nach dem Zusammentritt des Reichstages steht eine große Debatte über die Frage der Arbeitslosen-Versicherung zu erwarten. Die Reichsregierung will sich allem Anschein nach völlig ablehnend verhalten. Wenn in früherer Zeit der Versuch gemacht worden ist, die Aufgaben der Arbeitslosenversicherung den Städten zuzuweisen, so will die Reichsregierung selbst diesen Weg nicht mehr betreten.

Eine russische Bedrohung der deutschen Landwirtschaft. Seit einiger Zeit weißt, wie die „Tägliche Rundschau“ erfährt, ein russischer Landarbeiterkommissar, ein baltischer Gütsbesitzer, der sich von Schulz nennt, in Berlin. Er hat umfangreiche Erhebungen darüber angestellt, inwieweit die deutsche Landwirtschaft von den russisch-polnischen Saison-Arbeitern abhängig ist. Offiziell wird die Aufgabe des

russischen Kommissars als Studienreise zur Erforschung der wirtschaftlichen Lage der russischen Arbeiter bezeichnet; tatsächlich will Herr von Schulz feststellen, welche Folgen für die deutsche Landwirtschaft entstehen würden, wenn die russische Regierung künftig den Landarbeitern das Überschreiten der deutschen Grenze verbote. Die russische Regierung hat nämlich die Absicht, diese Waffe gelegentlich der fünfjährigen Handelsverträge zu verwenden, um bestimmte russische Forderungen, so die Beseitigung der Einfuhrbeschränkungen, durchzusetzen.

Serbischer Regierungsauftrag an eine deutsche Firma. Von der serbischen Regierung wurde die Julius-Berger-Tiefbau-Alttengesellschaft in Berlin mit der Trassierung der Eisenbahnlinie Leskovac—Monastir beauftragt. Es schwelen noch Verhandlungen wegen der Trassierung anderer Strecken, sowie darüber, daß die genannte Firma auch den Ausbau übertragen erhält.

Die Aufhebung der Regenschaft in Bayern. Das Gesetz- und Verordnungsblatt, das am Dienstag mittag herausgegeben wurde, veröffentlicht bereits den Wortlaut des von beiden Kammer des Landtages angenommenen Gesetzes betreffend Aufhebung der Regenschaft. Dienstag vormittag hat im bayrischen Staatsministerium im Anschluß an die Reichsratsitzung ein Ministerrat stattgefunden. Nachmittags haben sich die Abgeordneten Dr. Casselmann und Giehl nach Schloss Fürstenried begeben, um als Referenten des Königl. Staats und Königl. Hauses und Hofs sich persönlich von dem Zustand des Königs Otto zu überzeugen. Am Freitag werden die beiden Kammer über die von der Staatsregierung zum Zwecke der Zustimmung unterbreiteten Gründe für die Aufhebung der Regenschaft in geheimer und öffentlicher Sitzung beraten.

Die neue Regierung in Braunschweig. Der Herzog und die Herzogin haben in einer amtlichen Bekanntmachung ihren herzlichen Dank für den Empfang des Landes Braunschweig ausgesprochen. In der Sitzung der Landesversammlung am Donnerstag wurden zunächst die Abgeordneten nach dem Erbhuldigungseid des Hauses Braunschweig vereidigt. 2 Abgeordnete, die diesen bereits vor dem Jahr 1884 geleistet, wurden von ihm entbunden. Seit diesen Jahren war von den Abgeordneten der Eid auf den Regenten verlangt und gefordert worden. Dann nahm der Landtag folgende Entschließung an: „Die Landesversammlung hat mit innerster Freude von dem Inhalte des landesfürstlichen Patentes vom 1. d. Ms. Kenntnis genommen und gedenkt dankbar der hochherzigen Entschlüsse S. Maj. des Kaisers, S. R. H. des Herzogs von Cumberland sowie des selbstlosen Bemühens S. H. des Herzogs Johann Albrecht zu Mecklenburg, durch deren gemeinsame Zusammenwirken die das Land hochbeglückende Wendung der Geschichte erreicht worden ist. Mit nicht geringerer Beifriedigung begrüßt die Landesversammlung die Thronrede und die darin zum Ausdruck gelangte Ausfassung von der hohen Bedeutung des Herrscherberufes und des ihr vom Landesherrn entgegengebrachten Vertrauens. Die L. B. erklärt sich gern und willig bereit, dem an sie ergangenen Aufruhr zu folgen und in treuer Mitarbeit mit ihrem angestammten Landesherrn das Wohl des Landes zu fördern.“

Zielbewußte Fliegeli im sächsischen Landtag. Als Dienstag mittag bei der Eröffnung des Landtages die Sozialdemokraten bei dem Hoch auf den Landesfürsten sitzen blieben, wurden sie von den Führern der Agrarier und der Zentrums-

zu fürchten sind. Der Rest ist auf 302 M. 22 Pf. bevorrechtigte und 3753 M. 71 Pf. nicht bevorrechtigte Konkursforderungen zu verteilen.

Ein Verzeichnis der bei der Schlussverteilung zu berücksichtigenden Forderungen ist auf der Gerichtsschreiberei des Konkursgerichts für die Beteiligten ausgelegt.

Eibenstock, den 4. November 1913.

Der Konkursverwalter: Rechtsanwalt Lottermoser.

Donnerstag, den 6. November 1913,

nachmittags 3 Uhr

sollen in Möckels Gasthof in Hundshübel 1 Gläserkrug und 1 Tisch an den Meistbietenden gegen sofortige Barzahlung öffentlich versteigert werden.

Eibenstock, den 5. November 1913.

Der Gerichtsvollzieher des Königlichen Amtsgerichts.

partei aufs schärfste angegriffen. Der agrarische Abgeordnete Müller nannte das Szenenbleiben eine Vertheidigung des Großherzogs und einen Bruch des Eidschwures der Abgeordneten und rief die Hilfe der Regierung dagegen an. Minister Rüstrat I lehnte aber jedes Einschreiten ab mit dem Bemerkung, daß sei nicht Sache der Staatsregierung. Der Zwischenfall rief große Erregung hervor.

#### Österreich-Ungarn.

Keine Antwort Griechenlands. An unterrichteter Stelle in Wien wird versichert, daß der österreichisch-ungarischen Regierung eine Antwortnote der griechischen Regierung auf die Verbalnotiz Österreichs und Italiens noch nicht zugegangen ist. Alle anderslautenden Meldungen werden als nicht den Tatsachen entsprechend bezeichnet.

Franz Rofuth schwer erkrankt. Der 72-jährige Führer der ungarischen Opposition, Franz Rofuth, liegt so schwer krank dahinter, daß an seinem Aufkommen gezweifelt wird.

#### Frankreich.

Wiedereröffnung des französischen Parlaments. Das französische Parlament hat seine Sitzungen wieder aufgenommen. In der Deputentenkammer legte der Finanzminister den Etatentwurf für 1914 vor. Trotzdem Ministerpräsident Barthou erklärte, es sei unmöglich, die Wahlreform in beiden Kammern vor dem Ende der Legislaturperiode zum Abschluß zu bringen, beschloß die Kammer mit 291 gegen 273 Stimmen an erster Stelle die Wahlreform zu erörtern. Barthou trat für die Erörterung der Entwürfe zur Verteidigung der Laienschule ein. Im Senat brachte Kriegsminister Etienne einen Ergänzungsentwurf zum Dreijahresgesetz ein.

#### Schweden.

Schwedische Heeresverstärkungen. In einer Rede in Göteborg kündigte der schwedische Finanzminister einen Antrag der Regierung im Reichstage auf eine bedeutende Verstärkung der Landesverteidigung an.

#### Amerika.

Ein Börsenmanöver? Die „Associated Press“ meldete unter dem 4. November aus Mexiko: Der amerikanische Geschäftsträger hat dem Präsidenten Huerta ein Ultimatum zugestellt, Huerta müsse sofort die Präsidentschaft niederlegen und dürfe weder den mexikanischen Kriegsminister Blanquet noch irgend ein anderes Mitglied seines Kabinetts als Nachfolger hinterlassen. Auch das Neuter-Bureau und verschiedene andere Presse-Dienste haben Nachrichten in Bezug auf ein von den Vereinigten Staaten überreiches Ultimatum verbreitet. Trotzdem scheint es mit der Meldung nicht ganz seine Richtigkeit zu haben, da eine später eingetroffene Nachricht aus Washington die Überreichung eines Ultimatums in Abrede stellt. Diese sagt: Wie verlautet, hat Staatssekretär Bryan bekannt gegeben, daß kein Ultimatum an Mexiko gerichtet worden sei. Es sei bedauerlich, daß die Presse einer solchen Meldung Glauben geschenkt habe. — Man wird also abwarten müssen, welcher Behauptung der größere Wert beizumessen ist, und ob es sich nicht bei der ersten Meldung vielleicht um ein Börsenmanöver handelt.

#### Sächsische und thüringische Nachrichten.

Eibenstock, 5. Nov. Herr Schneidermeister Carl Alexander Lenk, der mehr als 30 Jahre den heutigen Jahrmarkt besogen, wurde gestern durch den Marktmeister ein Glückwunschkarten des Stadtrates überreicht.